

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	21
I. Problemstellung	22
II. Gang der Untersuchung	25
Kapitel 1: Die Staatsangehörigkeit und ihr Verlust	27
A. Die Staatsangehörigkeit als zentraler Anknüpfungspunkt	27
I. Begriff der Staatsangehörigkeit	27
1. Begriffsverständnis im Unionsrecht	28
2. Rechtsnatur und Begriffsmerkmale der Staatsangehörigkeit	29
II. Funktion der Staatsangehörigkeit	30
III. Rechtsfolgen der Staatsangehörigkeit	32
1. Innerstaatliche Rechtsfolgen	32
2. Völkerrechtliche Rechtsfolgen	34
B. Der Verlust der Staatsangehörigkeit	35
I. Verlust als Oberbegriff	36
II. Systematisierung der relevanten Verlusttatbestände	39
1. Verlust mit dem Willen des Betroffenen	40
2. Verlust ohne Berücksichtigung des Willens des Betroffenen	42
a) Fehlen einer echten Verbindung	43
aa) Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit	44
bb) Aufenthalt im Ausland	44
cc) Nichtaufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit nach Einbürgerung	45
dd) Die Optionsregelung als deutscher Sonderweg	47
b) Unerwünschtes Verhalten	49
aa) Untreue oder Verrat	49
bb) Eintritt in fremde Streitkräfte oder den öffentlichen Dienst eines fremden Staates	50

cc) Kriminelle Handlungen	51
c) Betrügerischer Erwerb der Staatsangehörigkeit	53
d) Veränderung der familiären Beziehung	53
aa) Nichtigerklärung der Abstammung von einem Staatsangehörigen	54
bb) Adoption durch ausländische Eltern	56
cc) Erwerb als Findelkind, bei dem das Bestehen einer ausländischen Staatsangehörigkeit später festgestellt wird	57
e) Akzessorisch zu einem Staatsangehörigkeitsverlust der Eltern	58
aa) Betrug der Eltern bei Einbürgerung	58
bb) Eltern verlieren die Staatsangehörigkeit aus anderen Gründen	60
III. Einschränkung bei drohender Staatenlosigkeit	61
C. Zwischenergebnis	63
 Kapitel 2: Das Verhältnis von Unionsrecht und nationalem Staatsangehörigkeitsrecht	 65
A. Die Unionsbürgerschaft	65
I. Die Unionsbürgerschaft als vielschichtiges Rechtsinstitut	66
II. Das Unionsrecht als „Bedrohung“ für die nationale Staatsangehörigkeit?	71
III. Vorschläge für eine von der Staatsangehörigkeit unabhängige Unionsbürgerschaft	73
B. Rechtsetzungskompetenz im Bereich des Staatsangehörigkeitsrechts	76
I. Ansätze für die Herleitung einer Kompetenz der Union	77
II. Kompetenz der Mitgliedstaaten im Bereich des Staatsangehörigkeitsrechts	78
1. Das Staatsangehörigkeitsrecht und der domaine réservé der Mitgliedstaaten	79
2. Erklärung Nr. 2 der Schlussakte zum Vertrag von Maastricht	82
a) Auswirkungen auf den personellen Anwendungsbereich des Unionsrechts	82

b) Unterschied zu einem akzessorischen Verlust der Unionsbürgerschaft	83
c) Abgegebene Erklärungen zur Staatsangehörigkeit für die Zwecke des Unionsrechts	84
d) Unionsrechtliche Vorgaben bei Abgabe einer Erklärung	87
e) Zwischenergebnis	90
III. Achtung der nationalen Identität	91
1. Das Staatsangehörigkeitsrecht als Teil der nationalen Identität	91
2. Rechtsfolgen der Achtungspflicht	92
IV. Zwischenergebnis	95
C. Die Anwendbarkeit des Unionsrechts im Bereich des Staatsangehörigkeitsrechts	96
I. Pflicht zur Beachtung unionsrechtlicher Vorgaben	96
1. Grundsätzliche Existenz unionsrechtlicher Vorgaben	96
a) Die Formel der Micheletti-Entscheidung	96
b) Die Notwendigkeit unionsrechtlicher Vorgaben im Bereich des Staatsangehörigkeitsrechts	97
2. Notwendigkeit der Bestimmung einer Rechtsgrundlage	99
3. Die Unionsbürgerschaft als Anknüpfungspunkt	100
a) Die Methodik der Urteilsbegründung in der Entscheidung Rottmann	101
b) Analyse der Unionsbürgerschaft als Rechtsgrundlage	102
aa) Keine Notwendigkeit eines grenzüberschreitenden Merkmals	103
bb) Behandlung von Mehrstaatern	106
cc) Vereinbarkeit mit Wortlaut und Systematik des Art. 20 AEUV	108
dd) Zwischenergebnis	108
4. Allgemeine Pflicht der Mitgliedstaaten zur Beachtung des Unionsrechts	109
a) Der Grundsatz der Unionstreue im Rahmen mitgliedstaatlicher Kompetenzen	110
b) Andere Bewertung im Bereich des Staatsangehörigkeitsrechts?	112
5. Umfassende Kontrollkompetenz des EuGH	115
6. Zwischenergebnis	115

II. Verletzung der Verfassungsidentität und unionsrechtliche Vorgaben des EuGH als Akte ultra vires	116
1. Vorgaben aus dem Unionsrecht als Verletzung der Verfassungsidentität	117
2. Unionsrechtliche Vorgaben des EuGH als Akte ultra vires	119
III. Anwendbarkeit der Grundrechtecharta	125
1. Der Wortlaut des Art. 51 Abs. 1 S. 1 GRCh	125
2. Fallgruppen nach der Rechtsprechung des EuGH	126
a) Beschränkung von Grundfreiheiten	127
b) Bestehen einer unionsrechtlichen Verpflichtung	131
c) Zusammenhang von einem gewissen Grad	135
3. Zwischenergebnis: Anwendbarkeit der GRCh bei Verlust der Unionsbürgerschaft	137
D. Zwischenergebnis	139
Kapitel 3: Vorgaben aus Freiheitsrechten	141
A. Allgemeines Freizügigkeitsrecht	141
I. Ermittlung der unionsrechtlichen Vorgabe	143
1. Rechtfertigungsbedürftigkeit staatsangehörigkeitsrechtlicher Maßnahmen	143
2. Rechtfertigung	147
a) Bestimmung der Schranken	147
b) Rechtfertigung im Rahmen des Verlustes der Staatsangehörigkeit	149
aa) Objektive Erwägungen des Allgemeininteresses	150
bb) Unabhängigkeit von der Staatsangehörigkeit des Betroffenen	151
cc) Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit	153
(a) Verlust kraft Gesetz nach Ablauf einer bestimmten Zeitperiode	158
(b) Verlust nach vorheriger Möglichkeit der Abwendung ohne Rückkehr ins Inland	160
c) Zwischenergebnis: Rechtfertigung ist abhängig vom Verlustmodus	162

II. Überprüfung mitgliedstaatlicher Verlustregelungen	162
1. Mitgliedstaatliche Regelungen, die unmittelbar an einen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland anknüpfen	162
a) Niederlande	163
b) Belgien	164
aa) Anwendbarkeit des Art. 21 AEUV	165
bb) Verhältnismäßigkeit	166
c) Irland	168
2. Überprüfung der deutschen Optionsregelung	170
a) Rechtfertigungsbedürftigkeit	171
b) Verhältnismäßigkeit	172
III. Rechtsfolgen bei Nichtbeachtung der Vorgabe	176
IV. Zwischenergebnis: Unionsrechtliche Vorgabe aus Art. 21 AEUV	177
B. Arbeitnehmerfreizügigkeit	178
I. Beeinträchtigung durch staatsangehörigkeitsrechtliche Maßnahmen	179
II. Rechtfertigung	181
1. Ungeschriebener Rechtfertigungsgrund	182
2. Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit	183
3. Zwischenergebnis	184
III. Verlust der Staatsangehörigkeit bei Eintritt in den öffentlichen Dienst eines anderen Mitgliedstaates	184
1. Bereichsausnahme nach Art. 45 Abs. 4 AEUV	185
2. Überprüfung mitgliedstaatlicher Verlustregelungen	186
a) Frankreich	187
b) Litauen	190
IV. Verlust bei Eintritt in die Armee eines anderen Mitgliedstaates	191
V. Zwischenergebnis: Unionsrechtliche Vorgabe aus Art. 45 AEUV	192
C. Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens	193
I. Eröffnung des Anwendungsbereichs durch staatsangehörigkeitsrechtliche Verlustentscheidungen	194
II. Eingriff in das Privat- und Familienleben	196

III. Anforderungen an die Rechtfertigung	198
1. Grundlegendes Ziel einer mitgliedstaatlichen Verlustentscheidung	199
2. Verhältnismäßigkeit der Verlustentscheidung	202
a) Verhältnismäßigkeitsprüfung bei Eingriff in das Privatleben	202
b) Verhältnismäßigkeitsanforderungen bei Eingriff in das Familienleben	205
IV. Rechtsfolgen bei Verletzung der Vorgabe	207
V. Zwischenergebnis	208
D. Zwischenergebnis: Freiheitsrechte als Grenze mitgliedstaatlicher Regelungsbefugnis im Staatsangehörigkeitsrecht	209
Kapitel 4: Vorgaben aus der Unionsbürgerschaft	213
A. Die Unionsbürgerschaft als subjektives Recht	213
B. Vorgaben aus dem subjektiven Recht der Unionsbürgerschaft	218
I. Gewährleistungsgehalt der Unionsbürgerschaft	219
1. Schutz vor einem faktischen Verlust der Unionsbürgerrechte	219
2. Schutz vor einem rechtlichen Verlust der Unionsbürgerrechte	223
II. Beeinträchtigungen der Unionsbürgerschaft durch staatsangehörigkeitsrechtliche Maßnahmen	225
III. Rechtfertigungsanforderungen an staatsangehörigkeitsrechtliche Beeinträchtigungen der Unionsbürgerschaft	226
1. Nachweis eines im Allgemeininteresse liegenden Grundes	227
a) Schutz der Verbundenheit und Loyalität	228
b) Vermeidung von Mehrstaatigkeit	229
c) Sonstige Gründe des Allgemeininteresses	229
2. Verhältnismäßigkeit	231
a) Bei Verlusten kraft behördlicher Entscheidung	232
aa) Abwägungskriterien bei Rücknahmen rechtswidriger Einbürgerungen	233

bb) Abwägungskriterien bei sonstigen Ermessensentscheidungen über den Staatsangehörigkeitsverlust	236
cc) Vorgehen bei gebundenen Entscheidungen	237
b) Bei kraft Gesetzes eintretenden Verlusten	239
aa) Notwendigkeit einer Einzelfallprüfung nach der Tjebbes-Entscheidung	239
bb) Übertragung der Anforderung auf andere Verlusttatbestände	242
IV. Zwischenergebnis: Unionsbürgerschaft als Abwehrrecht	246
C. Umsetzung der unionsrechtlichen Anforderungen bei kraft Gesetzes eintretenden Verlusten	247
I. Vornahme einer Einzelfallprüfung außerhalb der Verlusttatbestände	247
1. Feststellungsverfahren als möglicher Anknüpfungspunkt	248
2. Prüfung bei Beantragung eines Passes oder Reisedokuments	249
3. Prüfung im Rahmen der Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung	251
II. Integration der Vorgabe in den Verlusttatbestand	254
1. Unionsrechtskonforme Auslegung	254
2. Unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung	257
3. Zwischenergebnis	260
III. Rechtsfolgen bei fehlender Möglichkeit der Integration in die bestehenden Vorschriften	261
1. Anwendungsvorrang des Unionsrechts	261
2. Neuregelung durch den Gesetzgeber	263
a) Ausgestaltung als Ermessens- oder Soll-Vorschrift	264
b) Integration von Härtefallklauseln	266
c) Keine Ersetzungsbefugnis bis zur Neuregelung	267
3. Nichtanerkennung des Verlustes durch die EU und ihre Mitgliedstaaten	268
D. Zwischenergebnis: Unionsbürgerschaft verlangt eine individuelle Prüfung	270

Kapitel 5: Vorgaben aus Gleichheitsrechten	273
A. Allgemeiner Gleichheitssatz Art. 20 GRCh	273
I. Prüfungsmaßstab	275
II. Ungleichbehandlung von eingebürgerten Personen und Personen, die die Staatsangehörigkeit mit Geburt erwerben	277
III. Ungleichbehandlungen in der deutschen Optionsregelung	279
1. Ungleichbehandlung von ius soli und ius sanguinis Deutschen	279
2. Ungleichbehandlung von EU-Auslandsaufenthalten und Drittstaatsaufenthalten	282
3. Ungleichbehandlung von ius soli Deutschen mit weiterer EU-Staatsangehörigkeit und ius soli Deutschen mit weiterer Drittstaatsangehörigkeit	284
4. Zwischenergebnis	285
IV. Schutz vor einem willkürlichen Verlust der Unionsbürgerschaft	285
V. Zwischenergebnis: Lediglich Willkürkontrolle	285
B. Spezielle Gleichheitsrechte	286
I. Diskriminierungsverbot aus Art. 18 AEUV	286
II. Grundsatz der Nichtdiskriminierung	288
III. Gleichheit von Männern und Frauen	289
IV. Rechte des Kindes	291
1. Erfordernis einer individuellen Prüfung des Kindeswohls	292
2. Folgen der Rechtsprechung des EuGH für nationale Verlusttatbestände	294
C. Zwischenergebnis: Gleichheitsrechte als Quelle unionsrechtlicher Vorgaben	295
Kapitel 6: Vorgaben aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	297
A. Anwendbarkeit	298
B. Ermittlung der Vorgaben aus den einzelnen Rechtsgrundsätzen	301
I. Das Prinzip der Rechtssicherheit	302
1. Das Bestimmtheitsgebot	303
a) Der Begriff der „terroristischen Vereinigung“	304
b) Das Merkmal der Beteiligung an Kampfhandlungen	305



2. Grundsatz des Vertrauensschutzes	306
3. Das Rückwirkungsverbot	308
II. Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	310
C. Zwischenergebnis: Relevanz auch im Bereich des Staatsangehörigkeitsrechts	314
Kapitel 7: Rechtsschutzanforderungen	315
A. Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf	315
I. (Potenzielle) Verletzung eines subjektiven Rechts	316
II. Grundrechtsträger	319
III. Herleitung der konkreten Vorgabe und deren Überprüfung anhand des deutschen Verwaltungsprozessrechts	320
1. Gewährleistungen des Art. 47 Abs 1 GRCh	320
2. Gewährung von ausreichendem Rechtsschutz im deutschen Rechtssystem	323
a) Rechtsschutz gegen Verluste aufgrund behördlicher Entscheidung	323
b) Rechtsschutz bei kraft Gesetzes eintretenden Verlusten	323
c) Rechtsschutz im Rahmen der deutschen Optionsregelung	325
IV. Zwischenergebnis	328
B. Verfahrensgarantien im gerichtlichen Verfahren	329
I. Anspruch auf rechtliches Gehör	329
II. Recht auf ein unabhängiges und unparteiisches Gericht	331
III. Weitere Verfahrensgarantien	334
C. Anforderungen an das vorgängige Verwaltungsverfahren	335
I. Unionsrechtliche Vorgaben für das Verwaltungsverfahren	336
II. Anhörung im Rahmen der deutschen Optionsregelung	337
1. Bestehen einer unionsrechtlichen Anhörungspflicht	337
2. Anwendbarkeit nationaler Heilungsvorschriften	340
D. Zwischenergebnis: Unionsrechtliche Anforderungen an den Rechtsschutz bei Verlust der Unionsbürgerschaft	342

Zusammenfassung	343
Literaturverzeichnis	353